Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-002936/2025
an die Kommission
Artikel 144 der Geschäftsordnung
Brando Benifei (S&D), Mounir Satouri (Verts/ALE), Catarina Martins (The Left), Benedetta Scuderi (Verts/ALE), Laura Ballarín Cereza (S&D), Thomas Bajada (S&D), Alessandra Moretti (S&D), Cecilia Strada (S&D), Annalisa Corrado (S&D), Sandro Ruotolo (S&D), Rudi Kennes (The Left), Marco Tarquinio (S&D), Camilla Laureti (S&D), Leila Chaibi (The Left), Daniel Attard (S&D), Matjaž Nemec (S&D), Nacho Sánchez Amor (S&D), Ana Miranda Paz (Verts/ALE), Nela Riehl (Verts/ALE), Saskia Bricmont (Verts/ALE), Kim Van Sparrentak (Verts/ALE), Estelle Ceulemans (S&D), Aodhán Ó Ríordáin (S&D), Lucia Yar (Renew), Udo Bullmann (S&D), Rima Hassan (The Left), Alessandro Zan (S&D), Mimmo Lucano (The Left), Nikos Pappas (The Left), Estrella Galán (The Left), Marta Temido (S&D), Michael McNamara (Renew)

Betrifft: Bedenken hinsichtlich israelischer Internetkampagnen und der Durchsetzung der Verpflichtungen aus dem Gesetz über digitale Dienste

Die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für die besetzten palästinensischen Gebiete, Francesca Albanese, eine italienische Staatsbürgerin, ist Gegenstand koordinierter Verleumdungskampagnen und irreführender bezahlter Anzeigen, die mit der israelischen Regierung in Verbindung gebracht werden[1][2]. Diese gezielte Vorgehensweise gegen eine EU-Bürgerin, die mit außerordentlich wichtiger Menschenrechtsarbeit betraut ist, stellt einen Angriff gegen ihre Sicherheit und ihr berufliches Renommee dar und nimmt die EU in die Pflicht, ihre Bürger vor Belästigung und Desinformation im Internet zu schützen.

Seit Oktober 2023 führen Akteure, die der israelischen Regierung nahestehen, massive digitale Werbekampagnen durch, die sich an Internetnutzer in der EU auf Plattformen wie Google, YouTube und X richten Die Kampagnen enthalten drastische Kriegsbilder und emotional aufgeladene, manchmal irreführende Behauptungen, bei welchen häufig eine klare „politische“ Kennzeichnung nicht zu erkennen ist. Berichte deuten darauf hin, dass es sich dabei möglicherweise um Missbrauch von Werbekonten und Mikrotargeting von EU-Bürgern handelt, wobei entsprechende Einträge in Transparenzdatenbanken fehlen und einige Anzeigen fälschlicherweise vorgeben, von vertrauenswürdigen Einrichtungen wie dem UNRWA zu stammen.

Dieses Muster wirft Bedenken hinsichtlich der Einhaltung des Gesetzes über digitale Dienste auf, insbesondere in Bezug auf die Transparenz der Werbung (Artikel 26), die Minderung systemischer Risiken (Artikel 34 und 35) und die Krisenreaktion (Artikel 36).

1. Wie untersucht die Kommission mögliche Verstöße gegen das Gesetz über digitale Dienste durch sehr große Internetplattformen in Bezug auf Transparenz, gezielte Kampagnen und die Umgehung von Vorschriften über politische Werbung durch israelische staatliche Akteure?

---

[1] „The Guardian“, Artikel mit dem Titel „UN expert on Palestine targeted by coordinated smear campaign, investigation finds“ (UN-Expertin für Palästina im Fadenkreuz einer koordinierten Verleumdungskampagne, wie eine Untersuchung ergeben hat), 13. März 2024, https://www.theguardian.com/world/2024/mar/13/un-expert-palestine-coordinated-smear-campaign-francesca-albanese

[2] Artikel von Fanpage.it mit dem Titel „Il governo israeliano sta comprando annunci su Google per screditare Francesca Albanese: l’indagine di Fanpage.it“ („Die israelische Regierung kauft Google-Anzeigen, um Francesca Albanese zu diskreditieren: Recherche von Fanpage), 9. Juli 2025, https://www.fanpage.it/innovazione/tecnologia/il-governo-israeliano-sta-comprando-annunci-su-google-per-screditare-francesca-albanese-lindagine-di-fanpage-it/.

2. Welche Schritte unternimmt die Kommission, um sicherzustellen, dass Plattformen systemische Risiken angehen, darunter Desinformation, manipulative Werbeformate und die Praxis, bei der Minderjährige schädlichen Inhalten ausgesetzt werden?

Eingang: 16.7.2025